

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

07.07.2016

Pressemitteilung Nr. 17/830

Tonne: Gesprächsabsage der Opposition ist eine Unverschämtheit

Jens Nacke, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, hat ein für den heutigen Donnerstag anberaumtes Treffen zwischen Innenminister Boris Pistorius und den Obleuten des Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gestern Abend in einem Brief kurzfristig abgesagt und bis zum Ende der Sommerpause vertagt. Der Grund seien Terminprobleme auf Seiten der FDP.

Grant Hendrik Tonne, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, kritisiert dieses Verhalten deutlich: „Nicht nur, dass Herr Nacke einen Termin so kurzfristig absagt, für den alle Beteiligten in den letzten Tagen ihre Terminkalender umgeworfen haben – sein Vorschlag für ein erneutes Gespräch nach der Sommerpause soll seiner Ansicht nach wohl auch ohne die Obleute der SPD- und Grünen-Fraktion stattfinden. Das ist eine Unverschämtheit. Die gravierenden Terminprobleme der FDP halten Herrn Bode offensichtlich nicht davon ab, Zeitungsinterviews zu geben, in denen er die mangelnde Kommunikation im Ausschuss beklagt.“

Aus Sicht von Tonne fährt die CDU beim Thema Parlamentarischer Untersuchungsausschuss einen nicht nachvollziehbaren Schlingerkurs: „Erst konnte es Herrn Nacke mit einem Gespräch gar nicht schnell genug gehen, und auf einmal kann er sogar bis zum Ende des Urlaubs des Ministers warten. Statt völlig sinnfreie Vorschläge zur Vergabe von Parkknöllchen zu machen, sollte sich die CDU endlich zu konstruktiven Gesprächen über eine Reduzierung der Arbeitsbelastung der Polizei durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss durchringen.“

Tonne bekräftigte noch einmal den Vorschlag für die Einsetzung eines Ermittlungsbeauftragten: „Unser Vorschlag sollte so schnell wie möglich umgesetzt werden, um die Ermittlungsbehörden zeitnah zu entlasten. Die dazu notwendige Änderung der Landtagsgeschäftsordnung werden wir in der August-Sitzung des Landtags auf den Weg bringen.“